

Norbert Lechner/Pedro Güell

Soziale Konstruktion der Erinnerung und geschichtliche Aufarbeitung der Diktatur

In den Ländern am Südpol Südamerikas (genau wie in Mitteleuropa und Südafrika) stellt der Übergang zu einer demokratischen Staatsform die Vergangenheit in Frage. Aber die Art, mit der dies getan wird, kann unterschiedlich sein, da sie von der konkreten Dynamik des jeweiligen Prozesses abhängt (auf schnellere oder langsamere Weise, mit einem größeren oder einem geringeren Bruch zur Vergangenheit). Die militärische Niederlage der argentinischen Diktatur ist nicht das Gleiche wie die verfassungsgemäße Volksabstimmung in Chile. Außerdem ist es nicht dasselbe, ob der Zusammenbruch der Diktatur als Niederlage oder als Befreiung (Deutschland 1945) erlebt wird. Der gesellschaftspolitische Kontext bestimmt die Art, in der das kollektive Gedächtnis die Vergangenheit aufarbeitet. Der Kampf der unterschiedlichen kollektiven Identitäten um das Andenken an ihre jeweilige Geschichte verweist auf einen Bereich der Repräsentation, wo man sich wiederkennt und erkannt wird. Die Möglichkeiten und die Tragweite dieses Kampfes sind ihrerseits durch die Form und Dynamik dieses Bereichs geprägt. Der Disput der Erinnerungsweisen verweist also auf die Politik als "Inszenierung" der möglichen Erinnerungsweisen. In jeder Gesellschaft gibt es eine mehr oder weniger explizite Politik der Vergangenheitsbewältigung, die den Machtrahmen stellt, innerhalb dessen (oder gegen den) die Gesellschaft das erarbeitet, woran sie sich erinnert und was sie vergisst.

1. Die *transición* Chiles

Der Prozess des Übergangs zur Demokratie in Chile zeichnete sich durch folgende Merkmale aus:

- a) er fand innerhalb des von der Verfassung von 1980 festgelegten politisch-legalen Rahmens statt;
- b) er vollzog sich im Kontext einer expandierenden kapitalistischen Marktwirtschaft;
- c) Pinochet verblieb auf der politischen Bühne (als Oberkommandierender der Streitkräfte und als Senator auf Lebenszeit);

- d) das Vorhandensein einer relativ stabilen bipolaren Verteilung der politischen Kräfte.

Es handelte sich um einen "paktierten Übergang" in dem Sinne, dass die Streitkräfte die Gültigkeit eines demokratischen Regimes und die politischen Parteien ihrerseits die in der Verfassung von 1980 festgelegten Verfahrensweisen anerkannten.

Die erste demokratische Regierung unter Aylwin stand entsprechend drei vordringlichen Aufgaben gegenüber: 1. einer Festigung der demokratischen Staatsform; 2. einer Wirtschaftsreform, um Wachstum mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden, und 3. einer Behandlung der Menschenrechtsverletzungen vor Gericht. Diese Reihenfolge der Aufzählung deutet auf eine Hierarchisierung der Aufgaben unter dem Aspekt ihrer Durchführbarkeit hin. Da die Regierungskoalition nicht alle drei Aufgaben gleichzeitig bewältigen konnte, setzte sie das Hauptaugenmerk auf die Konsolidierung der Demokratie. Im Grunde setzte sie auf die Politik, d.h., sie vertraute darauf, dass die Dynamik des "politischen Spiels" das nötige Manövriertfeld eröffnen werde. Dies grenzte "das Mögliche" ein: Möglich ist, was durch umfangreiche Vereinbarungen erreicht werden kann. Die sogenannte "Politik der Vereinbarungen" erforderte auf dem Verhandlungsweg vereinbarte und graduelle Reformen, die die vitalen Interessen der beteiligten Parteien nicht verletzen. Auf diese Weise erhob sich Regierbarkeit zum leitenden Prinzip, wobei diese als Eindämmung von Konflikten verstanden wurde. Dies bedeutete, dass eine Reihe von Themen *de jure* oder *de facto* den politischen Entscheidungen entzogen waren.

Dieser Kontext gestaltete eine bestimmte Strukturierung der gesellschaftlichen Zeit. Die Gegenwart ist durch die juristische und wirtschaftliche Kontinuität an die Vergangenheit "gefesselt". Parallel dazu strebt die Gegenwart danach, sich von einer Vergangenheit voller Konflikte, die die Gesellschaft teilten, zu befreien. Dennoch kann sie sie nicht vergessen, und zwar eben durch das immer neue Auftreten der ererbten Konflikte. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten beim Umgang mit der Vergangenheit wendete sich das politische Handeln ganz der Zukunft zu. "Der Zeit Zeit lassen" und "in die Zukunft blicken" sind die Mottos aller politischen Parteien. Es geht darum, die Regierbarkeit durch eine gemeinsame Zukunft abzusichern. Die "Politik des Konsens" deutet den Horizont einer Zukunft an, die sich auf zwei Pfeiler stützt: repräsentative Demokratie und Marktwirtschaft. Eine solche Politik sichert ein Klima des Friedens und der Ruhe, das von allen herbeigesehnt wird. Gleichzeitig verbirgt der Konsens die Verschiedenartigkeit der Inter-

pretationen hinsichtlich der Bedeutung, die der Demokratie und dem Markt beigemessen wird. Hinter dem Konsens bezüglich einer geteilten Zukunft steht die geteilte Angst davor, dass die Konflikte der Vergangenheit wieder aufleben könnten.

2. Die Politik der Vergangenheitsbewältigung

Ähnlich wie bei anderen Erfahrungen steht das postautoritäre Chile vor dem Dilemma "Gerechtigkeit oder Demokratie". Die heftige Spannung zwischen Andenken und Zukunft, die bei diesem Dilemma vorhanden ist, sowie der enge Rahmen, um diese Spannung aufzulösen, erklärt die aufeinander folgenden Neuformulierungen der Politik der Vergangenheitsbewältigung beim chilenischen Übergang zur Demokratie.

Nach der Wiedererrichtung des demokratischen Zusammenlebens als Hauptziel der *transición* trat die Regierung Aylwin der Vergangenheit in der Perspektive der nationalen Versöhnung gegenüber und stellte Wahrheit und Gerechtigkeit als Bedingungen für Vergebung auf. Der Standpunkt der Regierung, der den Blick in die Zukunft prägt, umspannte auch die Vergangenheit. Deshalb blieben die Forderungen nach Wahrheit und Gerechtigkeit stets nur "am Möglichen" orientiert. Der Bereich des Möglichen hatte aber seine Grenzen.

Die Suche nach Wahrheit führte zum Bericht über Wahrheit und Gerechtigkeit (*Informe de Verdad y Justicia*) der Rettig-Kommission. Dieses Monument der Vergangenheitsaufarbeitung gipfelte in der Rede Aylwins vom März 1991, bei der er im Namen des chilenischen Staates die Gesellschaft um Vergebung bat. Die Tragweite dieser Geste wurde jedoch durch die Vorbehalte der Streitkräfte und die Ermordung des Senators Jaime Guzmán eingeschränkt. Die Militärs legten weder in institutioneller noch in anonymer Form Nachweise über die Verhafteten und Verschwundenen vor. Der Ritus der Versöhnung scheiterte (Güell 1993).

Da Versöhnung mit Hilfe der Symbole der Vergebung nicht möglich schien, versuchte das verletzte Erinnerungsvermögen der Gesellschaft auf legalem Weg Gerechtigkeit zu erlangen. Dies führte zur Eröffnung von zahllosen Prozessen wegen Verletzungen der Menschenrechte. Aber nicht nur den Urteilen, sondern auch den richterlichen Ermittlungen waren durch die Gesetzesverordnung zur Amnestie von 1978 Schranken gesetzt. Die Streitkräfte sträubten sich gegen die Einleitung von Gerichtsverfahren gegen ihre Offiziere (einschließlich Pinochets), schließlich willigten sie ein, dass wegen des Mordes an Orlando Letelier General Contreras, der ehemalige Chef der

DINA, der von der Amnestie ausgenommen ist, vor Gericht gestellt und verurteilt wurde.

Die beschränkte Wahrheit und Gerechtigkeit, zu der man beim Thema der Verletzung der Menschenrechte gelangte sowie die durch dieses Streben verursachte Zunahme der politischen Spannung bewirkten, dass die "Politik der Vergangenheitsbewältigung" ihre Akzente anders setzte. Der Schwerpunkt verlagerte sich von der Gerechtigkeit auf die Verhältnisse, die einst zum gesellschaftlichen Konflikt und zum institutionellen Kollaps führten. Bei diesen werden übereinstimmend eine prekäre und von Ungleichheit geprägte wirtschaftliche Lage und eine ideologisierte Politik als Verantwortliche des ursprünglichen Konflikts ausgemacht. Es werden Ursachen identifiziert, die mehr mit objektiven Gründen als mit subjektiven Leidenschaften zu tun haben. Die Konstruktion einer Zukunft (Konsolidierung der demokratischen Ordnung und eine gerechtere wirtschaftliche Entwicklung) wurde zur Prämisse für die Überwindung der Vergangenheit. Dies benötigt Zeit – Zeit dafür, dass die schmerzendsten Wunden zu heilen beginnen, die Gefühle des Hasses und der Angst sich zerstreuen und die Investitionen der Gefühle in die Zukunft über die Schuld der Vergangenheit überwiegen. Sicher wird diese Schuld eines Tages zu begleichen sein, aber die Aufschiebung des Fälligkeitsdatums kann es erleichtern, die Vergangenheit zu behandeln, ohne dass dabei destabilisierende Effekte auftreten. Dieser Diskurs hat in dreifacher Hinsicht Erfolg: Er grenzt die Differenzen innerhalb der politischen Elite ein, deaktiviert die subjektiven Komponenten des Andenkens und ächtet *de facto* die Vergangenheit als Thema der gesellschaftlichen Konversation.

3. Der Einbruch der Vergangenheit

Die Festnahme Pinochets in London im Oktober 1998 stellte den Diktator bloß, aber ebenso die Unbeständigkeit der chilenischen *transición*. Das Dilemma, das sie in sich trägt, wird ersichtlich: Sie erhob den Anspruch, die Zukunft zu konstruieren und dabei eine Vergangenheit hinter sich zu lassen, die sie als Hindernis empfindet. Zugleich gestattet es die Gegenwart aber nicht, eine gemeinsame Zukunft zu erarbeiten, ohne den Zwist der Vergangenheit zu akzeptieren. Die Festnahme Pinochets hat dies einmal mehr gezeigt, wie zuvor bereits die symbolischen Gesten der Aufarbeitung. Das Andenken an die Vergangenheit in Chile erscheint als eine "Zauberkiste", die man nicht zu öffnen wagt, um das mit Mühen erreichte friedliche Zu-

sammenleben nicht zu gefährden, die aber, da es zugleich unmöglich ist, sie zu bändigen, immer wieder aufspringt.

Im Unterschied zu vergleichbaren Prozessen zeichnet sich der chilenische Übergang durch den Protagonismus des Ex-Diktators aus. Seine Präsenz bedeutet für die einen eine Garantie für die Bewahrung ihrer "vitalen Interessen" und für die anderen ein ständiges Erinnerungsblatt für die Demütigungen und Schmerzen der Vergangenheit. Er verkörpert das, was nicht eingestanden werden kann. Nur von Zeit zu Zeit bricht durch ein unerwartetes Ereignis die Vergangenheit in die Gegenwart ein und bietet der chilenischen Gesellschaft die Gelegenheit, über sich selbst nachzudenken. Die Herausforderung ist enorm: "Die Vergangenheit ist nicht förderlich, wenn sie die Ressentiments oder das Siegesgeschrei nährt, sondern nur dann, wenn sie uns auf bittere Weise dazu bringt, unseren eigenen Wandel anzustreben" (Todorov 1998: 85).

Haben wir genug Selbstvertrauen, um uns zu erinnern, ohne uns dabei zu schaden? Es ist zweifelhaft, ob 25 Jahre nach dem "Putsch" und mehr als zehn Jahre nach der Volksabstimmung die chilenische Gesellschaft sich dazu fähig fühlt, ihre Vergangenheit zu akzeptieren. In der Tat handelt es sich nicht um ein beabsichtigtes Wiedererinnern. Dieses Mal drängt sich wie nie zuvor bei einer *transición* das Andenken an die Vergangenheit auf. Es handelt sich um einen Einbruch, der nicht absichtlich stattfand; vielmehr wurde dieser durch einen äußeren Faktor herbeigeführt (die richterlichen Ermittlungen in Spanien). An zweiter Stelle sticht die bedingungslose Zustimmung der Rechten und der "faktischen Mächte" zu Pinochet hervor, die die "gesellschaftlichen Bruchstellen" der Volksabstimmung von 1988 wieder herstellten. Drittens ist die Unermesslichkeit der Argumente in der späteren Diskussion offenkundig: Während die Regierung Prinzipien des internationalen Rechts verteidigt, macht die Rechte Vereinbarungen zur Regierbarkeit geltend und die Linke fordert Gerechtigkeit. Und schließlich fällt die Abwesenheit der öffentlichen Meinung auf. Unter den Bürgern findet keine Mobilisierung statt, auch wenn sie sich ihre Meinung gebildet haben: Die Mehrheit von ihnen unterstützt sowohl die Position der Regierung mit ihrem Beharren auf der diplomatischen Immunität als auch die Einleitung eines Gerichtsverfahrens gegen Pinochet in Chile.

Die Schwäche der Politik der Vergangenheitsbewältigung in der chilenischen *transición*, der Vergangenheit bei der Konstruktion der zukünftigen Demokratie den Platz zuzuweisen, der ihr zusteht, resultiert aus unterschiedlichen Ursachen, die sowohl im politischen System als auch in der Haltung

der Bevölkerung liegen. Sicher ist, dass zwischen beiden eine Art gegenseitiger negativer Verstärkung stattgefunden hat. Einerseits fürchten die durch traumatische Erfahrungen eingeschüchterten Bürger die Konflikte und ziehen die vom politischen System inszenierte "Demokratie der Vereinbarungen" vor. Konkret heißt das, dass dadurch auf ein Vergessen gedrängt wird, da in der Erinnerung das Bild eines großen Konfliktes vorherrscht. Andererseits entzieht jedoch die Festlegung des öffentlichen Diskurses auf gegenwärtige Regierbarkeit und zukünftige Erfolge der Aufarbeitung der Vergangenheit Raum und Sprache und endet damit, den allgegenwärtigen Schmerz zu dethematisieren. Wird Regierbarkeit als Abwesenheit von Konflikten und nicht auch als kollektive Form ihrer Verarbeitung verstanden, trägt die Politik der Vergangenheitsbewältigung nicht dazu bei, die Gespenster der Vergangenheit zu verscheuchen: So birgt das Andenken unkontrollierbare Konflikte in sich. Die Bevölkerung findet im politischen Bereich nicht die Symbole, mit deren Hilfe sie der Vergangenheit einen Namen geben und damit von ihr Besitz ergreifen könnten. In Ermangelung von Worten und Symbolen, mit denen sie Rechenschaft über ihre Vergangenheit ablegen könnten, wählen sie das Schweigen.

4. Die soziale Konstruktion des Schweigens

Im Vordergrund der Aufarbeitung der autoritären Vergangenheit steht die Gerechtigkeit. Zwar gehören für die Chilenen die Menschenrechte nicht zu den vordringlichsten Problemen des Landes, aber sie haben sich eine Meinung über die Verletzung der Menschenrechte gebildet. Nach einer Umfrage der FLACSO von 1986 glaubten sogar während der Diktatur 71% der Befragten, dass es sich hierbei um ein reales Problem handelte, während lediglich 18% der Befragten der Meinung waren, dass es sich um regierungsfeindliche Propaganda handelte. Von den Personen, die die Menschenrechte für ein reales Problem hielten, waren 59% mit der "Bestrafung aller Verantwortlichen nach einem gerechten Prozess" einverstanden und 9,5% waren für "die Straffreiheit für alle Verantwortlichen nach der Aufdeckung der Wahrheit". Eine andere FLACSO-Umfrage von 1988 (vor der Volksabstimmung) zeigte, dass beim Thema der Menschenrechte 45% der Befragten für einen radikalen Wandel waren, 29% Reformen unterstützten und 14% für eine Bewahrung des *status quo* eintraten. Die Forderung nach Gerechtigkeit war daher auch beim Wahlsieg bei der Volksabstimmung (1988) und bei den ersten allgemeinen Wahlen von 1989 allgegenwärtig.

Trotz der Schwierigkeiten, denen sich die erste demokratische Regierung gegenüber sah, änderte sich die Meinung der Öffentlichkeit in Bezug auf die Menschenrechte nicht. 1992, auf halber Strecke der Regierungszeit Aylwíns, zeigte eine Umfrage der FLACSO, dass die Mehrheit der Befragten (61%) dafür war, die Wahrheit zu erfahren und die Schuldigen zu bestrafen; 18% zogen es vor, einerseits die Wahrheit zu erfahren, andererseits aber eine generelle Amnestie durchzuführen, und 13% waren dafür, das Problem als erledigt zu betrachten. Eine Umfrage des PARTICIPA bestätigte die Forderung nach Gerechtigkeit. Auf die Frage "Was fehlt der Demokratie?" wurde als häufigste Antwort "dass die Schuldigen wegen der Verletzung der Menschenrechte vor Gericht gestellt werden" gewählt. Der Anteil dieser Antwort stieg bei den Befragten zwischen 1991 und 1994 von 26% auf 29% an. Das bedeutete, dass – zumindest in stillschweigender Form – bis heute die Forderung nach "Wahrheit und Gerechtigkeit" fortbesteht.

Die Gerechtigkeit ist nur ein Aspekt der im Gedächtnis verankerten kollektiven Erfahrung der Diktatur. Ein anderer Aspekt ist die psychische Verarbeitung, die jeder einzelnen Person aufgezwungen wurde. Selbstverständlich können die Meinungsumfragen keine Auskunft über diese Prozesse geben und es ist nicht einfach, ihre Bedeutung auf gesellschaftlicher Ebene zu bewerten (Lira/Castillo 1991). Qualitative Studien (Tocornal/Vergara 1998) belegen, dass der 11. September 1973 von den Chilenen als Bruch erlebt wurde, der – sowohl im persönlichen Leben als auch in dem des Landes – einen tiefen Einschnitt zwischen dem Vorher und dem Nachher markierte. Rechtfertigende oder anklagende Interpretationen des Putsches variierten zwar, aber alle verstanden ihn als umwälzenden Einbruch. Plötzlich waren Extremsituationen, die vorher unmöglich schienen, Teil der Normalität des Alltags. Der Bruch selbst wurde als "etwas" Unausprechliches, letztendlich Unerklärliches erlebt. Er stellt ein gesellschaftliches Trauma dar. Diese traumatische Erfahrung setzte sich später unter dem Militärregime als eine Periode der Angst und der Zuspitzung der Gegensätze im Gedächtnis fort. "Ausnahmezustand" und "Ausgangssperre", Hausfriedensbrüche und Verhaftungen, Stromausfälle und Zensur sind verantwortlich für die neuen Gewohnheiten der Chilenen. Es entstand eine "Kultur der Angst", deren disziplinierende Effekte bis auf den heutigen Tag fort dauern (Corradi et al. 1992; Lechner 1998).

Die relevanteste Ebene des Themas ist die des Geschichtsbewusstseins. Marco Antonio de la Parra (1997) spricht von einem schlechten Gedächtnis; es gibt ein Gedächtnis, aber dieses ist in einzelne Teile aufgelöst, voreinge-

nommen und unglücklich. Es überwiegt eine Zersplitterung der Erinnerungen, die die Leute daran hindert, Abläufe mit einer gewissen Konsistenz zu rekonstruieren. Die Bilder überlagern sich wie Blitzlichtaufnahmen, ohne dass dabei am Ende eine zusammenhängende Sequenz entstehen würde. Die Bevölkerung will nicht von der Vergangenheit sprechen; sie hat Lust zu vergessen, kann jedoch der Wahrnehmung der alltäglichen Gegenwart dieser Vergangenheit nicht entfliehen. Es herrscht ein unbeabsichtigtes Andenken vor, das wie ein störendes und anhaltendes Geräusch durch die Windungen des Bewusstseins hindurchsickert.

Das schlechte Gedächtnis ist bei den meisten Chilenen ein "banales Gedächtnis"; man kann sagen, ein undramatisches Gedächtnis, das weder Tod noch Folter erlitten hat, dem aber diese Begriffe auch nicht mehr unbekannt sind. Es besteht aus einem Erinnern von alltäglichem Schmerz und alltäglichen Ängsten ohne legitimierenden Diskurs und akzeptiert das Geschehene als Teil des "Normalen und Natürlichen" – einer Normalität allerdings, die in Ermangelung von sichtbarem Blut unfähig ist, über den Schaden nachzudenken, den sie angerichtet hat. Dieses banale Gedächtnis macht nach der Metapher von Blumenberg (1979) aus der Mehrheit der Bevölkerung Zuschauer des von den anderen erlittenen Schiffbruchs, wo die scheinbare Sicherheit, die ihnen das Ufer, an dem sie stehen, vorspiegelt, schließlich zur Ursache des eigenen Schiffbruchs wird. Die Distanz zwischen Zuschauern und Schiffbrüchigen wird aufgehoben.

Die Erinnerungen der Chilenen scheinen aus Schweigen zu bestehen. Der Schriftsteller José Donoso sprach mit Vorliebe vom "dichten Schleier des Schweigens", der seit langem über Chile liegt. Das Schweigen hat sich allmählich niedergelassen. Es gehorcht keinem Befehl, noch drückt es eine Losung aus. Ein Schweigen, das nicht Vergessen bedeutet; es kennt die einzelnen Geschichten, aber verschweigt sie. Vielleicht ist dies eine Art, das Unausprechbare auszudrücken, vielleicht ist es eine Strategie, um mit widersprüchlichen Affekten zu kämpfen; ein Schweigen, das zwischen Unbekannten eine höfliche Geste ist und unter Freunden nach Komplizenschaft sucht; ein Konversationssurrogat. Aber Schweigen bedeutet nicht nur ein bloßes Fehlen von Worten, sondern ist auch ein aktiver Vorgang: als Verschweigen. Dabei braucht es nicht einmal eine absichtliche Handlung zu sein, manchmal ist es lediglich eine Unterlassung.

Hat die Diktatur die mentale und emotionale Verarbeitung dessen, was uns widerfuhr, unterdrückt, so drängte sie die Ankunft der Demokratie 1990 an den Rand. Nach dem Scheitern der großen Anfangsanstrengung (der Ret-

tig-Bericht) verzichtete der offizielle Diskurs stillschweigend auf eine Aufarbeitung der Vergangenheit. In dem Maße, wie die Wechselbeziehungen der politischen Kräfte die Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit auf "das Mögliche" beschränkten, wurde "das Unmögliche" in die Zukunft projiziert. Diese verantwortungsethische Entscheidung, entspricht nicht nur der tatsächlichen Machtkonstellation zur damaligen Zeit, sondern gleichermaßen der öffentlichen Meinung. Für diese bedeutet das Ende der Diktatur das Ende der Unterdrückung, nicht aber der Angst. Die ganze Gesellschaft ist von der Angst vor dem Konflikt durchdrungen. Die überspitzte, ja manchmal krankhafte Empfindlichkeit gegenüber Konflikten blamiert die Macht der Erinnerung. Die gegenseitige Bedingtheit springt ins Auge: Eine bestimmte Einschätzung dessen, was möglich und machbar ist, zaubert die Konflikte der Vergangenheit weg, während auf der anderen Seite gleichzeitig die Erinnerung an die Konflikte in ihrem traumatischen Zustand eine dynamische Perspektive der Zukunft erschwert.

Die wichtigste Folge scheint der "Verlust der Geschichtlichkeit" zu sein: Wir haben keine Geschichte mehr. Das gilt gleichwohl für den Einzelnen wie für die gesamte Gesellschaft. Auf individueller Ebene ist es häufig zu einer Verwischung der persönlichen Lebensgeschichte gekommen; die Erlebnisse und Erfahrungen überlagern sich bruchstückhaft, ohne einen Zusammenhang zu bilden. Folglich werden diese Erfahrungen fremd, von einer höheren Gewalt geraubt. Der Gesellschaft gelingt es auch nicht, sich in einer Geschichte wiederzuerkennen. Zu eilig soll eine Vergangenheit vergessen werden, von der sich aus unterschiedlichen Gründen letztlich niemand als Erbe betrachtet. Es herrscht zuviel Eile beim Versuch der Stabilisierung einer anständigen Form des Zusammenlebens, um dabei nach den Werten des gesellschaftlichen Lebens zu fragen.

Das Resultat ist ein Zerwürfnis über die Realität. Die gesellschaftliche Realität, ihrer Geschichte und der von Menschenhand geschaffenen Zeugnisse beraubt, verliert jegliche gefühlsmäßige Nähe. Wie sollte man die errichtete Ordnung als etwas Eigenes fühlen, wenn in ihr alle menschlichen Spuren verwischt worden sind? Warum sollten wir stolz auf das Land und auf seine Entwicklung sein, wenn wir nicht Teil seiner Geschichte sind?

5. Das Andenken an die Zukunft

Die Politik der Vergangenheitsbewältigung ist mehr als eine Verwaltung der Vergangenheit; ihre Wirkungen gehen über unsere Beziehung zu den durchlebten Konflikten hinaus. Sie ist Teil der sozialen Konstruktion der Zeit, und

die Art des Verhältnisses, das man zur Vergangenheit hat, bildet den Rahmen für die Möglichkeiten und den Sinn der Zukunft.

Vorläufige Studien über die Erwartungen der Chilenen an die Zukunft verbreiten ein düsteres Bild. Es existiert eine gewisse Blockierung der Träume. Dabei wissen wir nicht, ob die Menschen ihre Erwartungen und Sehnsüchte verbergen, ob sie sie nicht in Worte fassen können oder ob sie fürchten, dass die Träume sich erneut in Alpträume verwandeln. Jedenfalls haben die meisten keine großen Hoffnungen in Bezug auf die Zukunft. Es herrscht ein Diskurs der Hoffnungslosigkeit vor, egal ob aus Ernüchterung angesichts der Lage der Dinge oder aus Resignation davor, ob überhaupt eine andere Gesellschaft möglich ist. Angesichts des Fehlens von kollektiven Projekten bleiben die Erwartungen und Sehnsüchte auf individuelle Vorschläge beschränkt. Der Wunsch nach einem "besseren Morgen" scheint auf den Bereich der Intimität, der Familie und der beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten eingegrenzt zu sein.

Das drastische Zurückweichen der Horizonte hat unterschiedliche Gründe. Möglicherweise ist das Phänomen Teil jener globalen Bewegung der Restrukturierung, die "Postmoderne" genannt wird. Der Verlust der Tradition, die Aufhebung der Verankerung von Raum und Zeit, das Ende der bipolaren Welt, die Globalisierung und die Schwächung der nationalen Identitäten, die Veränderungen der Identität des Ichs, all das erschwert einen planmäßigen Aufbau der Zukunft.

Im Falle Chiles verweist die Auflösung der Zukunft im Nichts auf besondere Weise auf die Beziehung zwischen Zukunft und Vergangenheit zurück. Eine Beziehung in doppelter Richtung: Eine schwache Vorstellung von der Zukunft schwächt die Deutung der Vergangenheit, und umgekehrt entzieht das Verschweigen der Vergangenheit Fähigkeiten für die Schaffung einer Zukunft mit klaren Horizonten.

Die Beziehung zwischen Vergangenheit und Zukunft variiert je nach Standpunkt auf der chronologischen Linie der Zeit. Es gibt verschiedene Formen von Zukunft: die "gegenwärtige Zukunft" von heute, die die "zukünftige Gegenwart" von morgen ist. Es gibt aber auch eine "vergangene Zukunft" oder das, was gestern als Zukunft gehnt wurde. Dabei hat die Verwischung der Konturen der gegenwärtigen Zukunft mit der "vergangenen Zukunft" zu tun. Es gibt eine "Erinnerung an die Zukunft" – die Erinnerung daran, "was hätte sein können" – welche die Erwartungen an die gegenwärtige Zukunft bedingt.

Die in Chile zu beobachtende Blockierung der Träume ist zum Teil ein Resultat der Erinnerung. Eine Erinnerung, die die Vergangenheit (die Diktatur) mit einer vergangenen Zukunft verknüpft (die bevorstehende Ankunft der Demokratie). Gemeint sind die enttäuschten Erwartungen in Bezug auf zwei vermutete Zukunftsszenarien:

1. in Bezug auf den Horizont, der sich durch das *Versprechen* der Volksabstimmung von 1988 aufat, nach dem Motto “die Freude kommt schon” – eine wirksame Losung, die den “bleiern Jahren” einen Aufruf an die Gemütsverfassung entgegenstellt. Das Versprechen eines Wandels, der vielleicht nicht die Lebensbedingungen, aber wenigstens die Lebensweise betreffen wird. Ein Wandel in der Art zu leben, zu atmen und der Art der zwischenmenschlichen Beziehungen. Aber diese angekündigte Zukunft stellt sich nicht ein. Die Jahre der Demokratie bedeuten außerordentliche Verbesserungen in vielerlei Hinsicht einschließlich des wirtschaftlichen Wohlstandes. Dennoch gelingt es in diesen Jahren nicht, die zwischenmenschlichen Beziehungen zu erneuern.
2. erfüllen sich auch die Erwartungen in Bezug auf Gerechtigkeit nicht. Wie bereits oben erwähnt, wurde diese Forderung, der Patricio Aylwin in seiner Rede über den Rettig-Bericht Nachdruck verlieh, bald von den oppositionellen Kräften vereitelt. Der Prozess gegen General Contreras war dem laufenden Lernvorgang nicht förderlich: So gibt es Verletzungen der Menschenrechte, aber es gibt keine Verantwortlichen. Es handelt sich um ein pervertiertes soziales Lernen, das mit den Verletzungen der Menschenrechte anfängt und mit den Anomalien in der Verwaltung und den politischen Absolutionen seinen Fortgang nimmt. Weil die anderen nicht für ihr Handeln verantwortlich sind, vertraue ihnen besser nicht! Das weit verbreitete Misstrauen in den zwischenmenschlichen Beziehungen, das im heutigen Chile nicht zu übersehen ist, reproduziert das für die autoritäre Periode so typische Klima des allgemeinen Argwohns. Eine Vergangenheit, die als Geschichte ohne verantwortliche Individuen aufgefasst wird, mündet so in eine verwaiste Zukunft. Wir sind weder Herr über unsere Geschichte noch über unser zukünftiges Schicksal.

In dem Maße, wie die Leute nicht über ihre Erfahrungen sprechen und ihre Ängste und Sehnsüchte nicht teilen, können sie auch kein kollektives Gedächtnis erarbeiten. Vor allem gelingt es ihnen nicht, die Bedeutungsverchiebungen, die ständig im individuellen Gedächtnis stattfinden, zu verarbeiten. So wie die Interpretation des “11.” je nach den Erlebnissen der

diesem Datum vorausgehenden Zeit variiert, so erfährt die Bedeutung der späteren Militärregierung vielfältige Neuauslegungen. Wenn über solche Umdeutungen nicht gesprochen oder nachgedacht werden kann, werden die individuellen Lebenswege unverständlich. Die Menschen können keine Rechenschaft über ihre Lebensgeschichte ablegen und sich auch nicht in ihr wiedererkennen. Eventuelle Änderungen bei den ideologischen Positionen oder in den ethischen Auffassungen erscheinen dann willkürlich oder als offener Verrat. Dies schlägt sich sogar im chilenischen Gegenwartroman nieder, dessen Protagonisten ein hervorstechendes Merkmal zu teilen pflegen: die Verwaisung (Cánovas 1997).

Viele junge Leute denken, dass die erhoffte Zukunft für sie keine Änderungen brachte, dass die Demokratie ihre Versprechen nicht hielt. Folglich trägt sich ein hoher Anteil von ihnen nicht einmal in die Wählerverzeichnisse ein. Ihr Streben und ihre Sehnsüchte konzentrieren sich auf den persönlichen Bereich, ansonsten spielen sie mit Fluchtgedanken. Kurz, es überwiegt ein Gefühl der Enttäuschung, eine eher von Resignation als von Rebellion geprägte Enttäuschung. Es ist anzunehmen, dass diese Enttäuschung ihren Ursprung nicht nur in den selbst erlittenen Erfahrungen hat, sondern auch im Andenken, das ihnen von den Eltern übermittelt wurde.

Eine Form, dem Rausch einer alles unterwerfenden Gegenwart zu entkommen, ist, einen Schritt rückwärts zu gehen, d.h. die Kriterien zur Bewertung der Gegenwart eher in der vergangenen Zeit als in der Zukunft zu suchen. Bei einer solchen Rückschau sind die Eltern Gegenstand von gegensätzlichen Gefühlen. Auf der einen Seite sind sie Gegenstand des Neids: Sie durften Träume haben und waren an kollektiven Projekten beteiligt. Auf der anderen Seite sind sie mit ihnen verkracht: Sie übergaben uns ein geschädigtes Land und eine unmögliche Zukunft. Das Gewissen scheint zerrissen zu sein: Die Jugend kann die Vergangenheit weder vergessen noch will sie sie wieder aufleben lassen. Was also tun mit ihr?

Die Sozialisation in der Familie bietet eine "Brücke" für die Zerrissenheit der Gegenwart durch eine Neuauslegung der Vergangenheit. Studien zur Erkundung dieses Phänomens erwecken den Eindruck, dass viele Eltern dazu neigen, dem Bild einer goldenen Vergangenheit zu widersprechen. Im Gegenteil, in ihrer Erinnerung erscheint ihnen die Erfahrung, die sie gemacht haben, selbst als Betrug. Die Botschaft, die sie übermitteln, heißt Ernüchterung: Sie wurden im Namen eines trügerischen und abstrakten Auftrags von anderen benutzt (missbraucht) und dessen beraubt, was in Wirklichkeit zählt, nämlich ihres eigenen Lebens, ihrer Bindungen und ihrer Sprache. Dieses

“Andenken an den Betrug” übermittelt eine dualistische Sichtweise, die das “wir” der Familie und der Freunde, das wirkliche Land, das in Ruhe seinen Beschäftigungen nachgehen möchte, den “anderen” oder denen, die die Urheber von Illusion und Zwist sind, d.h. den Politikern, gegenüberstellt. Die stillschweigende Botschaft lautet: “Kinder, lasst die Finger von der Politik”. Der Kreis schließt sich, wenn die Jugend die Vereitelung ihrer Wünsche und Sehnsüchte in einem Rückzug aus der Politik ausdrückt. Die enttäuschte Erinnerung der Jungen vermischt sich so mit der ernüchterten Erinnerung der Alten.

Literaturverzeichnis

- Blumenberg, Hans (1979): *Schiffbruch mit Zuschauern*. Frankfurt/Main.
- Canovas, Rodrigo (1997): *Novela chilena. Nuevas generaciones*. Santiago.
- Corradi, Juan/Weiss-Fagen, Patricia/Garretón, Manuel A. (Hrsg.) (1992): *Fear at the Edge*. Berkeley: University of California Press.
- De la Parra, Marco Antonio (1997): *La mala memoria*. Santiago.
- Güell, Pedro (1993): “Opfer und Menschenrechte: Die rituelle Dimension der Suche nach Versöhnung in Lateinamerika”. In: Ammon, Günther/Eberhard, Theo: *Kultur, Identität, Kommunikation*. München.
- Lechner, Norbert (1998): “Nuestros miedos”. In: *Perfiles latinoamericanos*. México, D.F.
- Le Goff, Jacques (1991): *El orden de la memoria*. Barcelona.
- Lira, Elisabeth/Castillo, Maria I. (1991): *Psicología de la amenaza y del miedo*. Santiago.
- UNDP (1998): *Desarrollo Humano en Chile*. Santiago.
- Tocornal, Ximea/Vergara, M. P (1998): *La memoria del régimen militar. Documento de trabajo 35*. Centro de Investigaciones Sociales/Universidad ARCIS: Santiago.
- Todorov, Tzvetan (1998): *El hombre desplazado*. Madrid.